

Feuilleton

Die Blutrache zu Weinsberg.

Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann. (Schluß.)

Solche Erinnerungen mochten in der Seele manches Bauern jetzt auftauchen, als die Gräfin von Helfenstein lebend und jammernd zu ihren Füßen lag. Sahrelange unmenschliche Behandlung hatte viele zu Unmenschen gemacht. Sie stießen sie zurück und einer stach mit seinem Speiß „das kleine Herrlein“ auf ihrem Arm in die Brust. Helfenstein selbst bot für sein Leben eine Lösungssumme von 30000 Gulden. Und gibst du uns zwei Tonnen Goldes, so müßtest du doch sterben, antworteten sie. Die Rache lechzte nach Blut. Auf Säckleins Befehl bildete sich eine Gasse, die Gasse kommandierte Hans Winter aus dem Odenwald, Wilmarhans von Neckargarten schlug die Trommel, wie es bei Hinrichtungen der Art alter Brauch war. Die Bauern in der Gasse streckten ihre Speiße vor und der erste, der unter Trommelschlag in die Gasse gejagt wurde, in die Speiße der Bauern, war Hans, ein Knecht des Konrad Schenk von Winterstetten. Er wurde sogleich niedergestochen. Der zweite, an den die Reihe kam, war sein Herr, der dritte, der zum Eintritt in die Gasse kommandiert wurde, war Graf Ludwig von Helfenstein. Jakob Lens, ein zu Rom geweihter Priester und jetzt Feldschreiber der Bauern, hörte ihn beichten und empfing von ihm seinen Rosenkranz, den er fortan selbst am Arme trug. Urban Metzger von Waldbach und Claus Schmidts Sohn von Rappach führten den Grafen in ihrer Mitte heraus an die Gasse. Es sollte ihm doppelt bitter werden. Der Graf hatte früher in glücklichen Tagen seine Tafelmusik. Melchior Nonnenmacher, ein Pfeifer von Alsfeld, der die Zinke blies, war namentlich früher in seiner Sunst gestanden und mehrmals bei ihm zu Tisch geseßen. Diesen, aus seinem Dienst entlassenen Nonnenmacher sah der Graf jetzt vor sich auf seinem letzten Gang. Der trat vor ihn, wie sie ihn daherführten, nahm ihm Hut und Feder vom Kopf mit den Worten: „Das hast du nun lange genug gehabt, ich will auch einmal ein Graf sein!“ und setzte ihn sich selbst auf. Und weiter sagte er: „Habe ich dir einst lange genug zu Tanz und Tafel gepfiffen, so will ich dir jetzt erst den rechten Tanz pfeifen.“ Damit schritt er vor ihm her und blies lustig die Zinke bis vor die Gasse. Urban Metzger von Waldbach stieß ihn an gegen die Speiße. Beim dritten Schritt schon stürzte der Graf unter vielen auf ihn hineinstechenden Speißen zu Boden. Ihm folgte sein Knappe, Bleiberger, und sein Hausnarr, dann nacheinander kamen die Ritter daran, und wie einer in die Gasse trat, hörte er Zurufe, wie: „Du hast mir über einen Samen geritten! Du hast mir das Schwert über den Kopf geschlagen! Du hast mir dies und das getan!“ Die jungen Reiterknaben wurden mit Speißen in die Höhe gehoben und so ermordet.

Noch der Leichnam des gefallenen Grafen wurde verhöhnt und mißhandelt. Melchior Nonnenmacher nahm das Schmalz von ihm und schmierte seinen Speiß damit. Die schwarze Hofmännin schmierte sich mit dem herauslaufenden Fette die Schuhe. Man sah einen, der Haut und Haar eines Ermordeten auf einem Speiß herumtrug. Andreas Remy von Zimmern steckte die Helmsfedern des Grafen auf seinen Hut, Säcklein Rohrbach legte den Koller und die damastene Schauppe des Grafen sich selbst an, trat damit vor die unglückliche Gräfin und sprach: „Frau, wie gefall ich euch jetzt in der damastenen Schauppe?“ Die Gräfin verging vor Schrecken und Betrübniß, als sie den Mörder ihres trauten Herrn in dessen Waffenkleidung vor sich sah. Den Panzer legte Säcklein

wieder ab und schenkte ihn an Hans Seckler von Neuenstein. Rohe raubgierige Hände nahmen der Gräfin ihr Geschmeide und ihre Kleider und zerlegten ihr noch den Rock, den sie am Leibe hatte. Man setzte sie auf einen Mistwagen mit ihrem Kind und ihrem Frauenzimmer und schickte sie nach Heilbronn. Spottend riefen sie zu ihr hinauf: „In einem goldenen Wagen bist du nach Weinsberg eingefahren, in einem Mistwagen fährst du hinaus.“ Sie aber gedachte der eben verfloßenen Leidenswoche des Herrn und sprach: „Ich habe viel Sünden; Christus, mein Herr, ist auch am Palmtag unter dem Jubel des Volkes eingezogen, und bald darauf hat er Spott und Kreuz leiden müssen, nicht um seiner, sondern um anderer Sünden willen; der tröste mich.“ So fuhr die edle Dulderin von dannen.

Die aufgehende Sonne beleuchtete die Vollenbung des blutigen Schauspiels: Säcklein und seine nächste Umgebung führten die graufige Szene für sich auf, nur eine kleinere Anzahl hatte Teil daran; neun Zehnteile des Bauernheeres erfuhren erst, als alles längst vorüber war, etwas von der Blutrache, die Säcklein und andere mit ihm an den Rittersn genommen hatten.

Die Hauptleute und Räte hielten eine Sitzung. Was darin verhandelt, wie Säckleins und anderer Hauptleute Tat von allen aufgenommen wurde, darüber ist nichts überliefert. Nur eines ist Tatsache: von diesem Augenblick an wird Florian Geyers Name nicht mehr im Bauernrate genannt, und er trennt sich mit seiner schwarzen Schar von dem hellen Haufen. Das war die eine, wohl die schlimmste Frucht, die aus der Blutsaat Säckleins aufging. Florian Geyer mit seiner Schar bildete den kriegerischen Kern des hellen Haufens, er hatte bisher, er hatte zuletzt bei der Erstürmung des Weinsberger Schlosses seine Tüchtigkeit bewährt, er war die eigentliche militärische Einsicht im Haufen; in seiner schwarzen Schar verlor der helle Haufen seine besten Kriegerleute, in Florian selbst nicht bloß das einzige kriegsverständige Haupt, sondern den tüchtigsten, treuesten und redlichsten Führer, wie sie nie mehr einen bekommen konnten.

Von Weinsberg aus erging eine Ladung an die benachbarten Grafen von Löwenstein unter schwerer Drohung. Die beiden jungen Grafen erschienen notgedrungen im Bauernlager. Als sie durch Weinsberg geführt wurden und einer derselben einen Weinsberger ansprach und dieser sich ehrerbietig gegen den Grafen neigte, da stellte sich ein altes Bäuerlein mit einer großen, rostigen Hellebarde drohend gegen den sich Neigenden: „Was neigt du dich? Ich bin so gut als er!“ Auch mußten die Grafen den Bauern zum Spaß die Hüte vor ihnen abnehmen.

Von Weinsberg aus ging der Zug des hellen Haufens, wie verabredet worden war, auf die freie Reichsstadt Heilbronn, um sich von dort aus nach Franken zurückzuwenden. Auch die Grafen Ludwig und Friedrich von Löwenstein mußten dem Haufen nachziehen, in einem Bauernhabit und mit weißen Stecken in den Händen. So sah man sie im Tiergarten vor Heilbronn mitten unter den Bauern sitzen, „also erschrocken, als ob sie tot wären“.

Zeugen und Rufer.

Der kritische Kommunismus fabriziert keine Revolutionen, er bereitet keine Insurrektionen vor, er benachset keine Revolten. Er verschmilzt sich mit der proletarischen Bewegung, aber er sieht und unterschützt diese Bewegung in voller Erkenntnis des Bandes, das sie mit der Gesamtheit aller Verhältnisse des sozialen Lebens verknüpft, verknüpfen kann und verknüpfen muß. Er ist mit einem Worte kein Seminar, worin man den Generalsstab der proletarischen Revolution schult, er ist einzig das Bewußtsein dieser Revolution und vor allem das Bewußtsein ihrer Schwierigkeiten.

Antonia Labriola.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 3

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Amununderstraße Nr. 23.

Bremen, den 20. Januar 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Wilson, der Retter der Menschheit. Von F. L.	Seite 17
Die Reichskonferenz der deutschen Opposition	19
Die Friedensfrage und die Internationale	21
Die Beitragsperre und ihre Probleme (Schluß)	22
Aus unserm politischen Tagebuch	24

Wilson, der Retter der Menschheit.

Just auf den Tag neunzehnhundertundsechzehn Jahre, nachdem der Christenheit der Heiland geboren, soll sich das Wunder erneut haben, daß das einst der Menschheit Frieden und Wohlgefallen verhieß. Zwar nicht ein dürftiges nackendes Knäblein in der Krippe zu Bethlehem ist der Spender des Heils: ein recht ausgetragener Junge schon, schon getauft mit des Jordans und allen anderen Wassern. Zu dessen Häupten auch nicht der stille Stern von Bethlehem strahlt, dessen Name viel eher seine Glorie findet in den Aktien von Bethlehem Steel Corporation, deren Wert in diesem gesegneten Kriege von 30 auf 600 Dollar mächtig sich emporgeschwungen. Woodrow Wilson heißt dieser sonderliche Heilige, dem vor zwei Monaten die amerikanische Bourgeoisie das Zeugnis ausstellte, daß unter seinen Fittichen die Dollarprofite am besten gedeihen und ihn daher erkor, weitere vier Jahre sein ihr ersprißliches Geschäft zu versehen. Dem freilich zu gleicher Zeit eine Million Zweihunderttausend Proletarier das Zeugnis erteilten, daß er nichts anderes sei als der Agent der Bourgeoisie und somit ein Feind proletarischen Interesses. Aber was tuts? Im Namen dieses selben proletarischen Interesses wallfahrten nun die Könige und Weisen aus dem Morgenland zum neu erstandenen Woodrow Wilson und entboten ihm nebst Heil- und Segenssprüchen ihre Huldbigung: die Sozialpatrioten von Dänemark, von Norwegen, von Ungarn, und selbst Viktor Adler und Pierre Renaudel, sonst in Verteidigung ihrer Vaterländer begriffen, finden Zeit, ihren Kniefall zu tun. Daß Philipp Scheidemanns Heimkriegerchar sich vorderhand dem Zuge noch nicht formell angeschlossen, ist äußerlichen Wesens nur. Gar manchen seiner edlen Ritter sah man dieser Tage, wie er der Nührung Zähre zwischen Bart und Brille sich zerrieb.

Welch freundliches Bild. Wie sie erhobenen Gemütes hinanstreben zu dem Berge, auf dem das Weiße Haus steht. Droben der Mann, noch damit beschäftigt, zu errechnen, was bisher am Kriege verdient worden sei und was noch weiter daran verdient werden könnte. Die Pilgerchar erscheint, im Namen der Menschheit ruft sie ihm Halleluja. Er hat ja vom Frieden gesprochen.

Und noch viel mehr. Die Norweger reden gar von seiner „energischen Arbeit zur Beendigung der Kriegsbarbarei und für die Wiederherstellung eines dauernden Friedens.“ Also kein gewöhnlicher Friede, der nur dauert bis zum nächsten Krieg. Sondern jener neuerfundene „dauernde Frieden“, der dauern soll: ja bis wann? Das steht noch nicht fest und war selbst aus den Reden von Bethmann-Hollweg, Grey, Briand und anderen praktisch erprobten Vorkämpfern dieses dauernden Friedens nicht zu entnehmen. Und selbst der neu erstandene Heilige, Woodrow Wilson, hat darüber ins Einzelne sich noch nicht geäußert und es bleibt nur übrig, aus den begleitenden Umständen zu entnehmen, wie seine — der Vereinigten Staaten und Sozialpatrioten — Präsidentschaft sich das denkt.

Da war zunächst ein Interpret der Wilsonschen Friedensrede, der sich eine fast größere Wirkung sicherte als sie dem interpretierten Werke zu Teil wurde. Dazu ein Interpret, der zweifellos authentisch war: der Staatssekretär Lansing. Er bemerkte anlässlich der Ueberreichung der Note trocknen Tones, Amerika befinde sich selber am Rande eines Krieges und es müße sich jetzt entscheiden, welche Stellung sein Interesse von ihm erfordere. Die Erklärung hatte einen durchschlagenden Erfolg bei den Leuten, die politische Ereignisse kühleren Herzens beurteilen als sozialpatriotische Führer: bei den Börsenjobbern. Die New Yorker Börse erlebte in Folge der Lansingischen Erklärung — die Börse kann trotz allem noch immer kein Pulver riechen — einen ihrer stürmischsten Tage. 32 Millionen Aktien wurden an einem Tage umgesetzt, Stahlaktien in Posten von 50000 Stück auf den Markt geworfen und die Kurse stiegen in Duzenden von Prozenten von ihrer stolzen Höhe. Nicht etwa, weil der Frieden drohte, sondern wegen der Lansingischen Erklärung, die es deutlich sagte, was für ein Friede gemeint sei und die man, um der Börse ein paar Tage Ruhe wieder zu geben, am nächsten Morgen in etwas milderem Tone tradestierte.

Schon das hätte unsere Sozialpatrioten stutzig machen können. Noch mehr aber, wenn man sich besah, von wannen überhaupt diese Wissenschaft vom Frieden kam.

Es ist der Präsident der Vereinigten Staaten, der spricht. Der Vereinigten Staaten, die von allen gewaltigen Entwicklungen, die der Kapitalismus gebracht, die gewaltigste aufweisen. Die schon vor dem Kriege der mächtigste Industriestaat gewesen, so mächtig als England und Deutschland zusammengenommen. Nur ein paar Zahlen. Im Jahre 1915 betrug die

	in Deutschland	in England	in d. Vereinigt. Staaten	
Rohlengewinnung	278,98	292,01	517,14	Mill. T.
Eisenerzgewinnung	35,94	16,25	5944	" "
Koheisengewinnung	19,30	10,64	31,46	" "
Stahlgewinnung	17,30	7,01	31,75	" "

Es war die neue Welt, der alten schon über geworden. Nur einen einzigen Schönheitsfehler hatte die amerikanische Wirtschaft. Ihre industrielle Entwicklung war so gewaltig gewesen, daß der eigene Kapitalmarkt den Bedürfnissen nicht genügte. Das alte Europa mußte noch die Kapitalien herleihen, sie waren zugleich der Strang, an dem der ungebärdige Knabe drüben noch gehalten wurde. Da kam der Krieg. Erst mit den Zeichen schwerster Krise auch für Amerika: noch einmal bekam das Land schwer zu spüren, was es heißt, anderer Länder Schuldner zu sein. Europa forderte seine Darlehen stürmisch zurück. Amerikas Wirtschaft selbst schien am Zusammenbruch. Nur 3 Monate lang. Langsam, dann schneller, dann sich überstürzend setzten nun die Kriegsaufträge ein. Es begann in Amerika jene blühendste Hochkonjunktur, die Amerika, ja die die ganze Welt niemals irgendwo gesehen. Nach Milliarden Dollar zählten die Aufträge, nach Hunderten von Millionen die Profite der amerikanischen Industrie. Und mit einem Schlage geschah so, was sonst das Resultat einer Jahrzehnte langen Entwicklung gewesen wäre: das Schuldenland Amerika ward Gläubigerland. Nach einer Aufstellung des Bundesreserveamtes in Washington betrug allein die Nettoeinfahrt an Gold in die Vereinigten Staaten in der Zeit vom 1. August 1914 bis 13. Oktober 1916 832 Millionen Dollar. Dazu die Rückwanderung der Effekten aus Europa nach Amerika. Die Eisenbahnrate allein wurde auf zwei Milliarden Dollar geschätzt; für die Industrierate fehlt die Möglichkeit einer Schätzung. Aber nur an Werten des Stahltrufes sind ca. 100 Millionen Dollar zurückgewandert. Mit anderen Worten: Amerika ist seine Schulden an Europa los geworden. Es hat an europäische Staaten in der oben angeführten Zeit 1627 Millionen Dollar ausgeliehen. Dazu an Britisch-Amerika 212 Millionen Dollar. Und schließlich hat es ausgeliehen: an Südamerika 88 Millionen und an China 4 Millionen Dollar.

Diese letzten zwei Zahlen, der Größe nach gering, sind nicht weniger bedeutend als die anderen. Denn sie zeigen an: während Europa den letzten Pfennig dem Moloch Krieg in den Rachen wirft, sind die Vereinigten Staaten das Land geworden, in dem das Kapitalbedürfnis der Welt befriedigt wird. Es beginnt weltökonomisch die Herrschaft des amerikanischen Kapitals.

Und es beginnt auch die Herrschaft der amerikanischen Ware. In den letzten Jahren vor dem Kriege hat Amerika, wie es England und wie es Deutschland tat, rund seine 10 Milliarden Mark Ware auf den Markt geworfen. Und was noch mehr sagen will: der Anteil der industriellen Erzeugnisse an der amerikanischen Gesamtausfuhr ist in ständigem Steigen. Um 34 Prozent seiner Gesamtausfuhr stellten 1900 seine ausgeführten Fabrikate dar, 45 Prozent 1910 und 49 Prozent 1913. Die Ziffern für 1914 und gar 1915 müssen ungeheure Fortschritte zeigen: absolut und relativ. 1915 brachte allein eine Kriegsausfuhr von etwa 3,5 Milliarden Mark. Es sind neue Industriestädte aus der Erde gewachsen. Die Hochöfen unzählig vermehrt, die Produktion gesteigert:

sie werden, einst auf Friedensarbeit umgestellt, ihre Waren hinausenden in die Welt, wo die europäische Industrie, geschwächt und aus tausend Wunden blutend, wird mühsam ihr Leben fristen.

Mit anderen Worten: mit neuer, ungeahnt großer Herrschaft an Kapital und Ware wächst ein neuer imperialistischer Riese auf. Der tastend bereits die Hände streckt nach neuen Ländern, die er beherrschen will. Die Dänen können davon erzählen, die „freiwillig“ ihm die westindische Besitzung verkauften, so freiwillig wie man die Geldbörse gibt, wenn einem der Revolver unter die Nase gehalten wird. Und die nächste, die davon erzählen wird, wird die Republik Ecuador sein, die in ähnlich freundschaftlicher Weise erjucht worden ist, den Verkauf der Galapagos-Inseln für empfehlenswert zu halten.

Noch alles nur ein Vorspiel. Drüben über dem Stillen Ozean lockt den gewaltigsten Industriestaat der größte Waren- und Kapitalabsatzmarkt, der heute noch abzugeben ist: China. Das Land der 300 Millionen Einwohner, mit der jahrtausende alten Kultur. Vor Jahren schon haben die Vereinigten Staaten Vorposten bezogen: 1893 auf Hawaii, 1898 auf den Philippinen; jetzt liegt Europa in seinem Blute, die Zeit ist günstig. Aber auch andere waren nicht müßig. Japan rüstet sich finanziell und militärisch mit den Millionen, die auch ihm aus dem europäischen Kriege zugefallen sind; es rüstet sich diplomatisch und hat sich mit Rußland über seine chinesischen Interessen verständigt.

Also Kampf um imperialistische Interessen und Amerika tut das, was es für solche Fälle von Europa gelernt. Es redet vom Frieden und rüstet zum Krieg. Oder vielmehr: es versetzt sich in den Zustand der „prepariness“, der Bereitschaft. Ein neues Wort für einen alten Begriff. Wir kennen es schon lange. Es ist was uns als „trocknes Pulver“, „scharfgeschliffenes Schwert“, als die „schimmernde Wehr“ in 25 Jahren vorgestellt worden ist. Es ist die alte Lehre, daß man den Krieg homöopathisch behandeln müsse: um den Krieg zu vermeiden, auf den Krieg solange zu rüsten, bis schließlich der — Frieden daraus wird, an dessen Segnungen Europa seit 30 Monaten Wohlgefallen findet.

Was dem amerikanischen Imperialismus zu seiner Vollkommenheit bislang fehlte, der stählerne Panzer, den legt er sich jetzt an. In amerikanischem Ausmaß. 500 Millionen Dollar, 2 Milliarden Mark, bewilligte der amerikanische Kongreß auf ein Brett, 1200 Millionen Mark jährlich läßt er sich künftig seine Marine kosten. Zur Verteidigung natürlich nur. Im Buch (Hudson Maxim: Das wehrlose Amerika) und in stundenlangem Film werden dem amerikanischen Volke die Schrecken der Invasion gemalt. Invasion durch wen? Niemand fragt danach, aber: Kanonen! Munition! wurde die Forderung des Tages.

Das alles braucht aber Zeit. Die Gefahr — nämlich die um den chinesischen Brocken — ist gegenwärtig. Die droht von Seiten Japans, das diplomatisch niederzubalten England bisher half. Es kommt auch in der Zukunft als eventueller militärischer Bundesgenosse im fernen Osten in Betracht. Auch die Verschuldung der Entente bei der New-Yorker Börse bindet die Vereinigten Staaten an jene. Wenn man dies alles in Betracht zieht, so versteht man, daß die längere Dauer des Weltkrieges

keinesfalls im amerikanischen Interesse liegt; aber umso weniger ein Friede, der die Interessen der Entente — Englands in erster Linie — nicht voll und ganz berücksichtigen würde.

Wilson's Note sollte vorerst feststellen helfen, inwiefern die Zentralmächte diesem Frieden geneigt sind. Sie war zweifelsohne vorbereitet, bevor der deutsche Vorschlag kam. Dieser war somit — wie ein Teil der deutschen Presse offen zugab — darauf berechnet, der amerikanischen Intervention die Spitze abzubrechen, ja wie die „Neue Freie Presse“ sagt, das Vorgehen Amerikas mit dem der Zentralmächte zu verbinden. Aber durch diplomatische Künste kann man eine vorhandene Interessengemeinschaft nicht aus der Welt schaffen. Wilson wird sich nicht um das Geschimpfe der Entente-Pressen kümmern, die so tut, als ob sie seinen Schritt als im Interesse Deutschlands liegend betrachte, sondern er wird sich daran halten, daß die Zentralmächte sich weigern, ihre Friedensbedingungen zu nennen. Das wird er als Beweis ansehen, daß die Sache noch nicht so weit ist, daß der deutsche Imperialismus die Bedingungen akzeptieren wollte, die den Interessen der englischen und amerikanischen entsprechen. Entweder wird darauf eine Verschärfung der diplomatischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den Zentralmächten erfolgen, oder diese werden, um dem Abbruch aus dem Wege zu gehen, Verhandlungen mit Wilson beginnen, durch die sie in der Anwendung des verschärften Unterseebootkrieges moralisch behindert werden, nach dem die Tirpitz-Pressen schreit und der die Interessen des amerikanischen Exportkapitals bedroht.

So sieht der „Friedensvorschlag“ des amerikanischen Friedensengels aus. Die Linke hat keine Ursache, die Dinge anders darzustellen, als sie sind. Daß Wilson mir nichts, dir nichts das sich so gut rentierende Geschäft des imperialistischen Matadors mit dem eines Friedensmachers vertauscht, können sich nur die betrogenen Betrüger, die Sozialpatrioten, in ihrem Schlammfleck vorstellen, die, unvorbereitet auf eine so lange Kriegsdauer, jetzt nach allerhand Stimulanzien greifen müssen. Nur noch ein paar Monate, Wilson hilft schon! — das ist ihre neueste Lösung. Ein Schwindel, wie alle anderen.

Das Proletariat, dem jahraus, jahrein in den Weihnachtsartikeln gepredigt wurde, kein Heiland sei ihm geboren, es müsse sich selbst befreien, wird auf den Schwindel mit Wilson, dem Retter, nicht hereinsinken. Es wird jede Unsicherheit der Imperialisten ausnützen, aber nur für seine eigene, selbständige Aktion, die allein imstande ist, es von allen Nöten der imperialistischen Epoche zu befreien. P. L.

Die Reichskonferenz der deutschen Opposition.

Am 7. Januar tagte im Reichstag eine von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einberufene Konferenz, zu der außer den Vertretern des Parteizentrums auch die Anhänger der verschiedenen Gruppen der verschiedenen Linken geladen waren. Die Bedeutung dieser Konferenz lag nicht darin, daß dieser oder jener Resolution mit Majorität zugestimmt wurde; denn sie konnte nach den Umständen, unter denen sie zustande kam, nicht entfalten ein Bild von dem tatsächlichen Kräfteverhältnis in

der deutschen Opposition bieten. Ihre Bedeutung lag vielmehr in der Tatsache, daß sich hier zum ersten Male unter Ausschaltung der Sozialpatrioten und Sozialimperialisten, eine Auseinandersetzung zwischen dem Zentrum der Partei und den Linksradikalen vollzog. Darin beruhte zugleich der historische Fortschritt, den die Konferenz repräsentierte. Bestand der Hauptgegensatz in der alten Partei zwischen Revisionismus und Radikalismus, so ist heute der für die Arbeiterbewegung aller Länder entscheidende Gegensatz innerhalb der Opposition, zwischen dem Parteizentrum und den revolutionären Sozialisten, zu erblicken. Und die Austragung dieses Gegensatzes, der den alten Gegensatz zum Revisionismus mit umschließt, ist die Aufgabe seiner am klarsten blickenden Köpfe. Sie ist zugleich die Vorbedingung für den Durchbruch der neuen Epoche der Arbeiterbewegung, in deren Kämpfen er seine entgeltliche Lösung finden wird.

Es ist ein lächerliches Geschwätz, die Auseinandersetzung innerhalb der Opposition als Selbstzerfleischung zu bezeichnen, an der nur die Sozialpatrioten und mit ihnen im Bunde die bürgerliche Welt ihre stille Freude haben könnten. Die in der Gesellschaft und nicht zuletzt die in der Arbeiterbewegung bestehenden Gegensätze sind das Produkt objektiver Verhältnisse; sie müssen, wie alle Gegensätze, ausgetragen, ausgekämpft werden; ja, in der Austragung der Gegensätze besteht recht eigentlich der historische Fortschritt, während alles Vertuschen der Gegensätze der Reaktion dient. Und da gerade die Vertreter des Parteizentrums so eifrig bemüht sind, den Gegensatz zum revolutionären Sozialismus vor den Massen der Arbeiter zu verbergen, so dokumentieren sie gerade hierin ihren tief reaktionären Charakter. Und jede Gruppe in der entschiedenen Linken, die aus Gründen äußerer Erfolge Gegensätze, die sich in den Reihen der entschiedenen Opposition aufgetan haben, durch den Hinweis auf die Gefahr einer erneuten Zersplitterung zu verschleiern oder ihre Austragung zu verhindern sucht, ist im Grunde ihres Wesens Bein vom Bein des Parteizentrums und der Reaktion. Nicht dadurch schafft man der Opposition Schwierigkeiten, daß man die in ihr vorhandenen Gegensätze schonungslos bloßlegt und ihre Austragung bewirkt, wohl aber bereitet man neue Schwierigkeiten und Krisen für die Arbeiterbewegung vor, wenn man von der revolutionären Parole, auszusprechen, was ist, nicht rücksichtslosesten Gebrauch macht. Nur müde Kämpfer können das Vorhandensein von Gegensätzen bebauern; jeder Revolutionär wird es begrüßen.

Die Reichskonferenz der Opposition hätte ihre historische Aufgabe, Klärung in die Zustände der deutschen Opposition zu bringen, erfüllt, wenn sie in erster Linie den Gegensatz zwischen Parteizentrum und revolutionärem Sozialismus schonungslos, kraft, bis in alle seine Tiefen und Verzweigungen dargelegt hätte. Sie vermied diese Auseinandersetzung. Das Zentrum der Partei verfolgte von vornherein die Absicht, den Zusammenschluß mit der Linken zu bewirken. Die Gruppe „Internationale“ aber, die auf Grund ihrer bisherigen, gewiß höchst anerkanntwertigen praktischen Arbeit, den Haupttrupp der linksradikalen Opposition bildet, vermochte dieses Einigungsstreben des Zentrums nicht grundsätzlich zu durchkreuzen.

Die Grundlagen für die Beurteilung der Konferenz bilden die von den beiden Haupttrichtungen vorgelegten

Leitfäden. Die begründenden, je einstündigen Reden sind in jedem Betracht belanglos, von den Debattereden, die auf jeweils zehn Minuten bemessen waren, garnicht zu sprechen. Was besagt die Resolution der Arbeitsgemeinschaft? Sie wirft dem Parteivorstand seine Gewaltmaßregeln gegen die Opposition vor — als ob diese „Gewaltmaßregeln“ vom Standpunkt des Sozialpatriotismus nicht selbstverständliche Maßnahmen der Selbsterhaltung wären. Sie zeigt den Parteivorstand des parteizerrüttenden Treibens — als ob der Parteivorstand nicht mit demselben Recht der Arbeitsgemeinschaft Parteizerrüttung vorwerfen könnte. Sie geißelt keine Pflichtverletzung, die er dadurch begangen haben soll, daß er nicht allen Anschauungen innerhalb der Partei freie Betätigung auf dem Boden des Parteiprogramms sicherte und nicht die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Parteipresse wahrte — als ob der Parteivorstand sich nicht ebenso über die Unduldsamkeit der Opposition beklagen könnte. Sie wirft ihm Pflichtverletzung vor, weil er die Parteipresse nicht zum Kampfe gegen den Kapitalismus zusammengehalten habe — als ob das seine Aufgabe wäre, als ob das überhaupt im Bereiche der Möglichkeit läge. Sie verdonnert ihn, weil er Sonderbestrebungen innerhalb der Organisation gefördert habe — als ob die Bildung der Arbeitsgemeinschaft, als ob die Einberufung einer parteiillegalen Konferenz, von andern Konferenzen gar nicht zu reden, als ob die Herausgabe von Flugblättern gegen den Parteivorstand keine Sonderbestrebungen innerhalb der Organisation wären.

Wir haben einen Augenblick den Verteidiger des Parteivorstandes gespielt, nicht, weil uns sein Wohlsonderlich am Herzen läge, sondern weil wir zeigen wollten, daß kein Argument der Zentrumsresolution gegen den Parteivorstand durchschlägt, daß es vielmehr im Handumdrehen zu widerlegen ist und sich gegen die Arbeitsgemeinschaft selbst richtet. Und obgleich die Arbeitsgemeinschaft kein Argument gegen den Parteivorstand vorbringen kann, fordert sie in ihrer Resolution die oppositionellen Elemente auf, mit Entschiedenheit gegen ihn aufzutreten. Wie sieht diese Entschiedenheit aus? Was fordert die Arbeitsgemeinschaft? Die Opposition soll dort, wo sie in der Mehrheit ist, in steter und enger Fühlung miteinander treten; wo sie in der Minderheit ist, soll sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdet für die Ausbreitung ihrer Anschauungen wirken und zur Erfüllung ihrer Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeiführen. Die Beitragsperre aber soll sie als ungeeignetes Mittel des Kampfes zurückweisen. So sieht die „Entschiedenheit“ des Kampfes gegen den Parteivorstand aus, die die Arbeitsgemeinschaft fordert. Ein gemütliches Kaffeekränzchen politischer Betschwefel, derweilen der Parteivorstand seine Kolonnen zum Sturm gegen den Sozialismus formiert. Die Eberts werden sich die Hände reiben ob dieser hoffnungslosen Impotenz der Zentrumsseunuchen, und sie werden nicht versäumen, ihnen Fußtritte zu verabfolgen, die sie in ihrer sklavischen Unterwürfigkeit tausendmal verdient haben.

Was besagten demgegenüber die Thesen der Gruppe „Internationale“? Zeigten sie den Gegensatz zwischen der entschiedenen Linken und dem Parteizentrum in allen grundlegenden und taktischen Fragen auf? Beitsch-

ten sie die pazifistische, unsozialistische Politik der Arbeitsgemeinschaft? Zwangen sie die Haases und Lebedours, ihren kompromittierten Standpunkt zu den Fragen des Krieges darzulegen? Sagten sie den Dittmanns und Vogtherrs, den Herzfelds und Henkes offene Fehde an wegen ihrer Haltung bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes, der Zensur, der Angelegenheit Liebknechts, wegen ihres Kampfes gegen die Anhänger der Beitragsperre, wegen ihrer Stellung zu den Massenaktionen, die sie nur als theoretische Frage behandelt wissen wollten? Retteten sie auch nur die Haltung Liebknechts, indem sie fortsetzten was er begonnen: den grundsätzlichen Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft? Nichts, nichts von alledem! Statt der offenen Kampfanfänge Vorschläge zur Güte: Beitragsperre, Aberkennung der Mandate der Sozialpatrioten dort, wo die Opposition das Übergewicht hat, Ausnutzung der Parlamentstribüne als Hilfsmittel für die Massenaktionen, Aufgeben der bisherigen Taktik der Arbeitsgemeinschaft, die Regierung um die Herbeiführung des Friedens anzugehen; Herbeiführung des Friedens durch die proletarischen Massen selbst; Schaffung eines Schutz- und Trugbündnisses zwischen allen auf dem Boden der Thesen stehenden oppositionellen Elemente gegen den Parteivorstand etc.

Was könnte die Arbeitsgemeinschaft darauf erwidern? Aberkennung der Mandate der Sozialpatrioten? M. w.! wir werden froh sein, die Lipinskys in den Reichstag zu bekommen. Ausnutzung der Reichstagstribüne zu Massenaktionen? M. w.! Seht euch doch unsere Erklärungen an; noch die letzte zum Friedensangebot, in der von den Massen die Rede ist. Und seht euch die fulminanten Reden unseres Dittmann an! Was also wollt ihr noch von uns? Bis auf die Beitragsperre können wir alles mitmachen und machen wir alles mit, was ihr von uns verlangt. Und das mit der Beitragsperre hat doch noch sehr seinen Haken! In diesem Punkte bestehen doch unter euch selbst die größten Meinungsverschiedenheiten. Gehören nicht weite Kreise zu euch, die grundsätzlich gegen die Beitragsperre sein müssen, weil sie grundsätzlich für den Austritt sind? Ist nicht gerade der Standpunkt des „Kampf“, den euer Freund Münster herausgibt, und der das ausgesprochene Organ der Austrittsbewegung ist, mit der Forderung der Beitragsperre und vor allem mit eurer ersten These, die das Verbleiben in der Organisation zum Zwecke des Kampfes gegen die Sozialpatrioten fordert, völlig unvereinbar? Und da ihr in euren Thesen nicht ganz ausdrücklich und grundsätzlich die Notwendigkeit der Spaltung mit den Sozialpatrioten ausspricht, so stehen wir euch in diesem Punkte jedenfalls bedeutend näher, als ihr selbst zu euren eigenen Freunden um Münster steht. Wollen wir es aber um der einen Forderung der Beitragsperre willen miteinander verderben? Das lohnt doch wirklich nicht der Mühe! Schaut doch her! Selbst in der Frage der Landesverteidigung gehen unsere Meinungen so unversöhnlich weit gar nicht auseinander. Zum Beweise zitieren wir die euch gewiß wohlvertraute Juniusbrochure. . . . Und Haase zitierte sie wirklich und war von Herzen erfreut, mit dem illustren Verfasser in diesem Punkte übereinstimmen zu können. . . .

Die Konferenz der deutschen Opposition brachte keine Klärung. Die Arbeitsgemeinschaft wurde nicht zur

Stellungnahme gezwungen, weil die Gruppe Internationale es vermied, die grundsätzlichen Fragen des Krieges in den Mittelpunkt zu rücken. Sie umging in ihren Thesen die Frage der Landesverteidigung; sie bekannte sich nicht offen zur Notwendigkeit der Spaltung; sie präziserte nicht ihre Stellung zum Parlamentarismus und sie gab in der Frage der Massenaktionen keine Definition und keine offene Lösung. Statt der Kriegserklärung an die Arbeitsgemeinschaft machte sie positive Vorschläge zur Verständigung.

Es ist nur bedauerlich, daß die mit uns auf dem Boden der Zimmerwalder Linken stehenden Internationalen Sozialisten Deutschlands nicht mit eigenen Thesen vor die Konferenz getreten sind. Genosse Vorchardt vertrat Thesen, die zwar in einzelnen Punkten von denen der Gruppe „Internationale“ abwichen, die aber in ihrem Wesen mit ihnen übereinstimmten. Er betonte ausdrücklich, daß das nicht seine Thesen, sondern die des Kreises Teltow-Beeskow seien. Unter den obwaltenden Umständen wäre es jedoch besser gewesen, wenn er selbstständige Thesen der I. S. D. eingebracht hätte. Sollte die Konferenz der deutschen Opposition eine Wiederholung erleben, so wäre die Einbringung von Thesen vom Standpunkt der Zimmerwalder Linken aus nicht nur wünschenswert, sondern sogar eine in den objektiven Tatsachen begründete Notwendigkeit.

Trotz allem ist die Konferenz der deutschen Opposition nicht vergebens gewesen. Sie hat das Verhältnis zwischen Parteizentrum und revolutionärem Sozialismus öffentlich zur Debatte gestellt, und es wird nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden, bis es durch die Austragung der vorhandenen Gegensätze seine Lösung gefunden hat.

Die Friedensfrage und die Internationale.

Nachdem die allgemeine Besprechung der Kriegs- und Friedensziele durch die Zensur im gewissen Umfange freigegeben worden ist, bringen wir die Resolution der Zweiten internationalen sozialistischen Zimmerwalder Konferenz (sie hat bekanntlich vom 24.—30. April 1916 stattgefunden) zu diesen Fragen. Die Resolution lautet:

1. Die moderne Entwicklung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse erzeugte die imperialistischen Gegensätze. Ihr Ergebnis ist der gegenwärtige Weltkrieg, für dessen Interessen die ungelösten nationalen Fragen, die dynastischen Bestrebungen und alle historischen Ueberbleibsel des Feudalismus ausgenützt werden. Das Ziel dieses Krieges ist die Neueinteilung des bisherigen Kolonialbesitzes, die Unterwerfung wirtschaftlich rückständiger Länder unter die Herrschaft des Finanzkapitals.

2. Der Krieg hebt weder die kapitalistische Wirtschaft noch ihre imperialistische Form auf. Er vermag daher auch die Ursachen künftiger Kriege nicht zu beseitigen. Er stärkt das Finanzkapital, läßt die alten nationalen und Weltmächts-Probleme ungelöst, verwirrt sie und schafft neue Gegensätze. Dadurch entsteht eine Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, werden neue Rüstungen hervorgerufen und die Gefahr weiterer kriegsrischer Verwicklungen heraufbeschworen.

3. Wenn daher die Regierungen, ihre bürgerlichen und sozialpatriotischen Agenten behaupten, der Krieg habe die Schaffung eines dauerhaften Friedens zum Zwecke, so sagen sie die Unwahrheit oder sie ignorieren die Bedingungen für die Verwirklichung eines solchen Zieles. Die Annektionen, die wirtschaftlichen und politischen Bündnisse der imperialistischen Staaten können, so wenig wie die obligatorischen Schiedsgerichte, Einschränkung der Rüstungen, die sogenannte Demokratisierung der auswärtigen Politik usw. auf dem Boden des Kapitalismus den dauerhaften Frieden herbeiführen.

4. Die Annektionen, das heißt die gewalttätige Angliederung fremder Nationen, schüren den Völkerhaß und vermehren die Reibungsflächen zwischen den Staaten. Die politischen Allianzen und wirtschaftlichen Bündnisse der imperialistischen Mächte sind ein direktes Mittel zur Erweiterung des Wirtschaftskrieges, der neue Weltkonflikte bewirkt.

5. Die Pläne, durch die allgemeine Einschränkung der Rüstungen, durch obligatorische Schiedsgerichte die Kriegsgefahr aufzuheben, sind eine Utopie. Sie setzen ein allgemein anerkanntes Recht voraus, eine materielle Macht, die über den gegensätzlichen Interessen der Staaten steht. Ein solches Recht, eine solche Macht fehlen und der Kapitalismus, der die Tendenz hat, die Gegensätze zwischen den Bourgeoisien der verschiedenen Länder oder ihren Koalitionen zu verschärfen, läßt sie nicht aufkommen. Die demokratische Kontrolle über die auswärtige Politik hat eine vollkommene Demokratisierung des Staates zur Voraussetzung. Diese Kontrolle kann nur eine Waffe des Proletariats im Kampfe gegen den Imperialismus, in keiner Weise aber ein Mittel zur Umgestaltung der Diplomatie in ein Instrument des Friedens sein.

6. Aus diesen Erwägungen muß die Arbeiterklasse die utopischen Forderungen des bürgerlichen oder sozialistischen Pazifismus ablehnen. Die Pazifisten wecken an Stelle alter Illusionen neue und versuchen, das Proletariat in den Dienst dieser Illusionen zu stellen, die letzten Endes nur der Irreführung der Massen, der Ablenkung vom revolutionären Klassenkampf dienen und das Spiel der Durchhaltepolitik im Kriege begünstigen.

2. Gibt es auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft keine Möglichkeit, einen dauerhaften Frieden herzustellen, so werden dessen Voraussetzungen durch den Sozialismus geschaffen. Der Sozialismus, der das kapitalistische Privateigentum aufhebt, beseitigt mit der Ausbeutung der Volksmassen durch die besitzenden Klassen und mit der nationalen Unterdrückung zugleich die Kriegsursachen. Der Kampf für den dauerhaften Frieden kann daher nur im Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus bestehen.

8. Jede Aktion der Arbeiter, die den Klassenkampf preisgibt, die proletarischen Ziele denen der bürgerlichen Klassen und ihrer Regierungen unterordnet und sich mit der nationalen Ausbeuterklasse solidarisiert, arbeitet den Bedingungen eines dauerhaften Friedens entgegen. Eine solche Aktion traut den kapitalistischen Klassen und den bürgerlichen Regierungen eine Aufgabe zu, die sie nicht erfüllen können. Der kräftigste und fähigste Teil des Proletariats, der während des Krieges sowohl als zur Zeit des Friedens in erster Linie berufen wäre, den

Sozialismus zu führen, wird so dem Untergang und der Vernichtung geweiht.

3.

9. Wie es schon durch die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel ausgesprochen wurde, kann die Stellung des Proletariats zum Kriege nicht von der gegebenen militärischen und strategischen Lage abhängig sein. Es ist daher ein Lebensgebot des Proletariats, den Ruf nach sofortigem Waffenstillstand und unverzüglicher Einleitung von Friedensverhandlungen zu erheben.

10. Nur in dem Maße als dieser Ruf in den Reihen des internationalen Proletariats Gehör findet und zu tatkräftigen Aktionen mit dem Ziel der Niederwerfung der kapitalistischen Klassenherrschaft führt, wird es der Arbeiterklasse gelingen, das Ende des Krieges zu beschleunigen und Einfluß auf den Inhalt des kommenden Friedens zu gewinnen. Jede andere Stellungnahme überläßt die Festsetzung der Friedensbedingungen dem Machtpruch der Regierungen, der Diplomatie und der herrschenden Klassen.

11. Im Massenkampf für die Ziele des Sozialismus und damit für die Befreiung der Menschheit von der Geißel des Militarismus und des Krieges, muß sich das Proletariat gegen alle Annektionen des Kriegführenden wenden. Das Proletariat führt seinen Kampf gegen Annektionen nicht deshalb, weil es die Weltkarte, wie sie vor dem Kriege bestand, als den Interessen der Völker entsprechend und daher als unabänderlich betrachtete. Der Sozialismus selbst strebt nach der Aufhebung jeglicher nationaler Unterdrückung durch die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker auf demokratischer Grundlage, die im Rahmen kapitalistischer Staatsgrenzen nicht verwirklicht werden kann. Die Erreichung dieses Zieles erschweren aber gerade die Annektionen, in welcher Form immer sie auftreten, weil die gewalttätige Zerstückelung der Nationen, ihre willkürliche Aufteilung und Einverleibung in fremde Staaten die Bedingung des proletarischen Klassenkampfes verschlechtern.

12. Solange der Sozialismus die Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker nicht verwirklicht hat, ist es die dauernde Pflicht des Proletariats, sich durch den Klassenkampf energisch gegen jede nationale Unterdrückung zu wehren, jeder Vergewaltigung der schwächeren Nationen sich zu widersetzen, den Schutz der nationalen Minderheiten und die Autonomie der Völker auf dem Boden der vollen Demokratie zu fordern.

13. Ebenso unvereinbar wie die Annektionen ist mit den Interessen des Proletariats die Forderung von Kriegsentschädigungen zugunsten imperialistischer Mächte. Wie die herrschenden Klassen die Kosten der Kriegführung in jedem Lande auf die Schulter der Arbeiterklasse abzuwälzen suchen, so würden auch die Kosten der Kriegsentschädigungen letzten Endes von den arbeitenden Klassen des betreffenden Landes getragen werden müssen. Diese Ueberwälzung schädigt gleichzeitig die Arbeiterklasse des siegreichen Landes, indem die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der arbeitenden Klasse des einen Landes auf die des anderen zurückwirkt und so die Bedingungen des internationalen Klassenkampfes erschwert. Nicht Ueberwälzung der ökonomischen Folgen

22

des Krieges von einem Volke auf das andere, sondern ihre allgemeine Abwälzung auf die Besitzenden durch die Annullierung der durch den Krieg entstandenen Staatsschulden.

14. Der Kampf gegen den Imperialismus wird in der Zukunft mit vermehrter Kraft aus allen den Folgen erwachsen, mit denen die imperialistische Ära die Massen geißelt. Die Internationale wird die Massenbewegungen gegen die Teuerung, Arbeitslosigkeit, für die Agrarforderungen der ländlichen Arbeiterklassen, gegen die neuen Steuern und die politische Reaktion erweitern und vertiefen, bis diese Bewegungen sich in einen allgemeinen internationalen Kampf um den Sozialismus vereinigen.

Die Beitragsperre und ihre Probleme.

Im Zeichen der Massenaktionen.

Die Beitragsperre zerschneidet das Licht zwischen den oppositionellen Arbeitermassen und den sozialpatriotischen Instanzen und sie reizt den Gegensatz auf zwischen der zentrierten Politik der radikalen Phrase und der linksradikalen Politik der Tat. Darin liegt ihre doppelte Bedeutung als Vorbereitung der neuen Kampf Formen, in denen sich der Klassenkampf des Proletariats in der Epoche des Imperialismus abspielen wird.

Die hinter uns liegende Epoche der Arbeiterbewegung war die Zeit des Sammelns und Organisierens der arbeitenden Massen. Sie war dem Aufbau der Riesenorganisationen gewidmet, die ihrerseits den Machtapparat der Bürokratie mit Notwendigkeit entwickelten. Sie legte die Entscheidungen in die Hände der Instanzen und schaltete den Willen der Massen je länger je mehr bewußt aus. Sie verkörperte die revisionistische Theorie des Hineinwachsens, aber nicht in die sozialistische Gesellschaft, sondern, ganz der revisionistischen Praxis entsprechend, in den kapitalistischen Staat. Sie entwickelte in der Arbeiterbewegung die dem Staat verwandten Tendenzen. Beide, Arbeiterorganisationen und Staat, dienten der Beherrschung der Arbeitermassen, derart, daß der Staat, als die umfassendere Organisation und ausgerüstet mit den größten Machtmitteln, sich die Arbeiterorganisationen dienstbar machte zum Zwecke der Beherrschung der Träger der Produktion. So entwickelten sich die Arbeiterorganisationen zu Machtmitteln des Staates.

Das war die Tatsache, über die die revolutionäre Phraseologie der Sozialdemokratie wohl hinwegtäuschen, die sie aber nicht beseitigen konnte. Die Wirklichkeit der wachsenden Staatsmacht ließ sich nicht durch revolutionäre Worte überwinden, dazu wäre nur die Wirklichkeit der wachsenden Macht des Proletariats imstande gewesen, eine Wirklichkeit, die nur durch den Kampf des Proletariats entstehen konnte. Indem aber die revolutionäre Phrase den Kampf der Arbeiter ersetzen sollte, wurde der Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse verhindert und die Macht des Staates im gleichen Maße gestärkt. Die revolutionäre Phrase vom Klassenkampf ohne seine genaue Definition und ohne seine positive Lösung, war nicht das Zeichen der Stärke der Arbeiterklasse, sondern der Beweis ihrer Schwäche. Starke Worte decken immer die Latenzlosigkeit; die Tat spricht

beredt genug durch sich selbst. So wurde aus dem Kampf gegen den Staat die Anpassung an den Staat, und die revolutionäre Phraseologie des Parteizentrums, bis vor dem Kriege die vorherrschende Form der Opposition und jetzt wieder im Begriff, die Herrschaft an sich zu reißen, hat diesen Prozeß wesentlich beschleunigen helfen. Darin liegt der konservative, reaktionäre Zug des Parteizentrums.

Es ist seit jeher die Sorge der Herrschenden gewesen, die organisierten Massen der Arbeiter, in denen der oppositionelle Geist wuchs, dennoch zu brauchbaren, zuverlässigen Staatsbürgern zu machen. Sie benutzten dazu ihre staatlichen Machtmittel, von der Schule angefangen, bis zu Polizei, Justiz und Militär. Aber sie erkannten auch alsbald die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen der organisierten Macht des Staates und der organisierten Macht der Arbeiterbewegung. Sie erkannten das Wesen der Arbeiterbewegung als einer vom Kampfe gegen den Staat und die kapitalistische Produktionsform mehr und mehr absehenden, rein organisatorischen, aufbauenden Tätigkeit; sie erkannten das Beharrungsvermögen, das diese Organisationen beherrschte. Sie wußten, daß aus der revolutionären Bewegung eine konservative Einrichtung geworden war. Es war ihnen sympathisch, daß in den Arbeiterorganisationen wie im Staate die Demokratie ausgeglichen war. Sie erkannten, daß die Bewegung der Arbeiterklasse die Bewegung ihrer Führer war und daß diese Bewegung die Richtung auf das Staatsinteresse einschlug. Das Bürgertum weiß heute die Arbeiterorganisationen wohl zu schätzen; es spendet ihnen ganz allgemein Worte des Lobes und der Anerkennung, wie sie vor dem Kriege nur ganz vereinzelt auftauchten.

Und wie vor dem Kriege, so buchen die offiziellen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen diese Anerkennungen als ganz besonderes Verdienst der Arbeiterorganisationen; ja, ihre Politik läuft planmäßig auf die Erwirkung der allgemeinen Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch den Staat hinaus. Da aber der Staat grundsätzlich nur solche Organisationen als gleichberechtigt anerkennen kann, die in seinem Interesse wirken, so bedeutet die sozialpatriotische Politik die endgültige Auslieferung der Arbeiterklasse an den Staat und den durch ihn politisch vertretenen Kapitalismus.

Kein Wunder, daß der Bourgeoisie sehr daran gelegen ist, die Arbeiterorganisationen in ihrer jetzigen Form zu erhalten, d. h. die Interessen der Arbeiterklasse durch die Interessen der Bürokratie und der Führer vertreten zu sehen. Die Bourgeoisie benutzt diese Bürokratie und diese Führer als Bindeglied zwischen der Staatsmacht und den Massen der Arbeiter. Für sie ist es eine Frage ihrer eigenen Existenz, daß die sozialpatriotischen Führer in ihren Funktionen verbleiben und daß das Vertrauen der Arbeitermassen zu ihnen nicht untergraben, sondern immer mehr gefestigt wird.* Sie erblickt in der

* In dem Sammelbuch „Der Krieg und die deutsche Arbeiterklasse“, herausgegeben von Prof. W. Zimmermann, schreibt Dr. Ludwig Heyde, Mitredakteur der „Sozialen Praxis“:

„Man kann geradezu sagen, daß Arbeiter und Militär sich jetzt im Organisationsgedanken gefunden haben: ein Ahnen geht durch unsere Arbeiterklasse davon, was sie selbst der militärischen Erziehungsarbeit verdankt, aber auch in der Heeresleitung wird das Gefühl dafür nicht fehlen, daß nicht nur ein guter Teil der Fähigkeit

Erschütterung des Vertrauens der Arbeitermassen zu den Führern eine Erschütterung des Vertrauens zur Autorität des Staates. Darum würde sie auch am liebsten die „Einheit“ der Arbeiterklasse erhalten sehen.

Ein Interesse an der Spaltung hat sie, gleich den Sozialpatrioten, nur insofern, als sie hofft, daß sich nur kleine, aktionsunfähige Gruppen und Schichten abspalten werden, deren Beherrschung durch Ausnahmebestimmungen keine besonderen Schwierigkeiten bieten würde. Eine Spaltung, die die Sozialpatrioten mit einem geringen Anhang hüben und die Masse der Arbeiter drüben sehen würde, wäre für die Instanzen wie für die Bourgeoisie ein gleich vernichtender Schlag. Und auch hier zeigt sich der reaktionäre Charakter des Parteizentrums, das die Massen über die Notwendigkeit der Spaltung täuscht und so jenen Zustand herbeiführen hilft, der den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie erwünscht ist, da er dem Staat die Herrschaft über die revolutionären Elemente der Arbeiterklasse erleichtert. Durch seine Antispaltungspropaganda arbeitet das Parteizentrum den Interessen der Bourgeoisie direkt in die Hände. Es hilft die hinter ihm stehenden Massen der noch unaufgeklärten Arbeiter an die Sozialpatrioten fesseln und verhindert dadurch das Wachstum der revolutionären Macht der Arbeiterklasse. Es vermindert die Zahl derjenigen Arbeiter, die bei der Spaltung den linksradikalen Gefolgschaft leisten werden und erleichtert so das Zustandekommen von Ausnahmegeetzen. Alle Verfolgung, alle Unterdrückung, alle Ausnahmegeetzgebung, der die revolutionären Arbeitermassen ausgesetzt sein werden, wird schon jetzt durch das Parteizentrum vorbereitet und kommt damit restlos auf sein Schuldkonto. Daher der grundsätzliche Kampf der Linksradikalen gegen das Zentrum der Partei.

Vom Standpunkt des Linksradikalismus ist eine

unserer Soldaten dem erfolgreichen organisierten Streben nach materieller und körperlicher Tüchtigmachung des Proletariats zuzuschreiben ist, sondern daß es auch seinen großen Wert hat, bequemer mit unseren Arbeitermassen, soweit sie zuhause geblieben sind, über Lohnfragen, Arbeitslosigkeitsbekämpfung, Sicherstellung von Heereslieferungen und dergleichen mehr auf dem Wege über die Organisationen und deren Führer verhandeln zu können. Wir haben, noch im tiefen Frieden, gelegentlich auf die „gewaltige antirevolutionäre Bedeutung“ des Gewerkschaftswesens hingewiesen. Der Krieg mit all der Not, die er den Armen bringt, ist eine Probe aufs Exempel, und wir sehen nun, wie die Führer der Arbeiterschaft aller Richtungen in den Dienst vaterländischer Pflichterfüllung treten und ihre Organisationen in die gleichen Geleise lenken. Wollen wir uns heute nicht freuen, daß es allen Bemühungen, das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern zu erschüttern, nicht gelungen ist, das zu erreichen? Wäre es nicht ein böses Ding, wenn die Arbeiter geglaubt hätten, was ihnen so oft gesagt wurde: daß die Führer sich von den Arbeitermassen mästeten und aus Eigennutz die ganzen Gewerkschaften überhaupt aufbauten und in verhängnisvollem Geiste leiteten? Wir sehen, daß das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern jetzt gute Früchte fürs Vaterland trägt. Wir empfinden auch den Stolz, mit dem unsere straff organisierten Gewerkschaften jetzt auf ihr Vaterland als das Land der „höchstentwickelten Organisation auf allen Gebieten des Lebens“ blicken, wohl eingedenk mancher Debatte auf internationalen Arbeiterkongressen, in der zwischen unserer deutschen Methode der zähen positiven Gewerkschaftsarbeit und der französischen Art, sich mehr auf den „Elan“ zu verlassen, heiß gestritten wurde. Wer fühlte jetzt nicht, daß es die gleichen Kräfte sind, die unser ganzes Vaterland und unsere Arbeiterschaft im besonderen groß und widerstandsfähig gemacht haben!“ („Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft“. Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterwelt. Herausgegeben von Prof. Dr. Waldemar Zimmermann. Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Heft 54-55. Sena, Verlag Gustav Fischer, 1915. Preis geb. 2 Mk.)

23

der Vorbereitungen für die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse die Trennung von den Sozialpatrioten. Diesem Zwecke dient die Beitragsperre. Sie ist der weithin sichtbare Ausdruck des tiefsten Mißtrauens der Arbeiter zu den sozialpatriotischen Instanzen und des Willens, grundsätzlich und organisatorisch mit ihnen zu brechen. Sie zwingt die Instanzen zu Maßnahmen, die das Wesen des Sozialpatriotismus als einer arbeiterfeindlichen Klassenideologie in aller Kräßheit offenbaren; sie zwingt die Instanzen zum offenen Kampf gegen die Arbeiter unter Anrufung und Ausnutzung sämtlicher Machtmittel des Staates. Damit reißt sie die letzten Fetzen der Maske der Arbeiterfreundlichkeit vom Gesicht des Sozialpatriotismus, um seine arbeiterfeindliche Frage in ihrer ganzen Scheußlichkeit zu erkennen zu geben.

Aber mehr noch. Indem sie den Arbeitern die Klassenfeindlichkeit des Sozialpatriotismus zeigt, stärkt die Beitragsperre und der aus ihr entspringende Kampf in ihnen das Bewußtsein und den Willen, in aller Zuversicht gegen die Instanzen, die noch das Heft der Organisationen in der Hand haben, im Vertrauen auf die eigene Kraft und Fähigkeit den Kampf zu beginnen. Solange auch nur ein Fünkchen Vertrauen zu den sozialpatriotischen Partei- und Gewerkschaftsführern in den Arbeitern steckt, können sie den Kampf um den Sozialismus nicht beginnen. Ja, der Klassenkampf, der sich in der vor uns liegenden Epoche im wesentlichen in den Formen der Massenaktionen abspielen wird, kann nur durch den grundsätzlichen Kampf gegen die sozialpatriotischen Instanzen und ihre zentriemlichen Helfershelfer entfesselt werden.

Dieser innere Kampf ist, als Bestandteil des allgemeinen Klassenkampfes, ein eminent politischer Kampf; er gibt der Entfaltung der Macht der Arbeiterklasse von vornherein das politische Gepräge und die politische Richtung. In diesem Kampfe entwickelt sich der Vortrupp der Arbeiterarmee, der die Führung in den zukünftigen Kämpfen übernehmen wird.

Darum ist es ein so schwerer Fehler, wenn die Gruppe „Internationale“, so vorzügliches sie auch bislang für die neue Bewegung geleistet hat, in ihren offiziellen Kundgebungen, wie in ihren „Leitsätzen“ oder in den Thesen zur letzten Reichskonferenz, die grundsätzliche, schärfste Abgrenzung gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum verabsäumt. Wo das geschieht, wird das Auftreten der Arbeiterklasse als politische Bewegung bedenklich aufgehalten, bekommt es umso schwerer den Charakter politischer Aktionen. Es kommt aber nicht allein darauf an, die Kraft der Arbeitermassen zu entfesseln, sondern ihr möglichst schnell das politische Gepräge zu geben.

Aber nicht nur in dieser Richtung wirkt die Beitragsperre für die neue Taktik. Ihre Durchführung stellt an die Arbeiter die größten Anforderungen, an die Energie und Ausdauer, an das organisatorische Geschick, an den persönlichen Opfermut, an die Einsicht in die Notwendigkeiten des Kampfes. Sie entwickelt in kleinem Maßstabe alle die Schwierigkeiten, die die Arbeiter in den späteren großen Kämpfen um die politische Macht in weit größerem Umfange zu überwinden haben werden.

Wie liegen die Dinge in Bremen? Der finanziellen Mittel beraubt, der organisatorische Apparat zum Teil in den Händen der Sozialpatrioten, zum Teil von den

Zentrumsführern fluchtartig verlassen; die Zeitung über Nacht sozialpatriotisch; die Schaffung eines Ersatzes von tausend Schwierigkeiten verfolgt, Widerstände seitens der Sozialpatrioten nicht minder wie seitens des Parteizentrums, das Mißtrauen, Verzögerung, Unmut sät und die Maßnahmen der Linksradiكالen als persönliche Schiebungen zu verdächtigen sucht; die Verhältnisse des Krieges und des Belagerungszustandes als der Widerstände größte: so stehen die bremischen Arbeiter vor unendlich großen Aufgaben und Schwierigkeiten. Aber gerade unter diesen Umständen wird sich's entscheiden, ob der Geist der Arbeiter, die die Beitragsperre beschloffen haben, stark genug ist, um die Schwierigkeiten zu meistern.

Gelingt das Werk, so wird eine gesteigerte Kampflust in den Arbeitern ausgelöst werden; gelingt es nicht, nun, so bleibt den Linksradiكالen nichts übrig, als das Werk von neuem zu beginnen, die treu gebliebenen Elemente zu sammeln und mit ihnen den Kampf gegen die kontrerevolutionäre Agitation des Parteizentrums innerhalb der Organisation aufs neue aufzunehmen. Sie werden dann in derselben Lage sein, wie ihre Kampfgesossen an anderen Orten, die in der Minderheit sind, oft genug in einer Minderheit, der jede Aussicht, im Rahmen der alten Organisation einmal Mehrheit zu werden, genommen ist, die trotzdem den Kampf innerhalb der Organisationen fortsetzen, bis die Spaltung der Partei es ihnen ermöglicht, die Masse der Linksradiكالen durch ihren Ausschluß zu vergrößern und zu stärken.

Die Spaltung der Partei ist kein einmaliger Akt; sie ist ein Prozeß. Die Beitragsperre ist ein wichtiges Glied dieses Prozesses. Sie bereitet die organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten vor, enthüllt den aktionsunfähigen Charakter des Parteizentrums, läßt die Zusammenhänge zwischen der gegenwärtigen Krise der Sozialdemokratie und den allgemeinen Klassenkämpfen erkennen, zwingt die Arbeiter zu selbständigem Handeln, stärkt in ihnen die Kampflust, stellt sie vor Siege und Niederlagen, löst in ihnen alle psychologischen Momente des wirklichen Kampfes aus, kurz; sie zeigt bereits alle Erscheinungen der künftigen Massenaktionen auf und sie verteilt schon jetzt die Rollen, die die verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung in diesem gewaltigen weltgeschichtlichen Drama spielen werden.

Aus unserm politischen Tagebuch.

In der Nr. 1 der „Gleichheit“ schreibt der sächsische Parteizentrumsführer Gen. H. Fleißner unter Seitenhieben auf die Bremer: „Es liegt gar kein sachlicher Anlaß vor, die Parteiwirren nun auch noch auf die Genossenschaften zu übertragen, obwohl nicht zu verkennen ist, daß besonders Personenfragen sehr leicht dazu verleiten können. Es müßte aber von den Mitgliedern und von den Verwaltungen alles geschehen, um das zu vermeiden. Die der Opposition angehörenden Parteigenossen haben — natürlich: keine Regel ohne Ausnahme — sicher keinen Grund, die Verhältnisse noch mehr zu komplizieren, indem sie den Meinungsstreit auf neue Gebiete ausdehnen.“ Die Kaufmann und Müller machen die Genossenschaften zum Werkzeug des 4. August, stellen die genossenschaftliche Presse in ihren Dienst. Aber die „Opposition“ soll die „Wirren“ von den Genossenschaften fernhalten, weil sie kein Interesse daran hat, den „Meinungsstreit“ auf neue Gebiete zu übertragen. Sie soll die Genossenschaften als Asyl für den Sozialpatriotismus betrachten! So sieht der scharfe Kampf des Zentrums gegen die Sozialpatrioten aus. Für beide ist der ganze graufige Prozeß, den die Internationale durchmacht, „Wirren“. Beide wollen sich ausöhnen, darum nur keine Erweiterung des „Streites“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 4

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 27. Januar 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Was weiter?	Seite 25
Das Friedensmanifest des Parteizentrums	27
Ein Manifest der französischen Opposition	29
Aus unserm politischen Tagebuch	31
Feuilleton:	
Sickingens tragische Schuld	31

Was weiter?

„Sie werden nicht sagen, ich hielte die Gegenwart zu hoch, und wenn ich dennoch nicht an ihr verzweifelte, so ist es nur ihre eigene verzweifelte Lage, die mich mit Hoffnung erfüllt.“
Marx an Ruge im Jahre 1843.

Das Verständigungsgerede und das Friedensgebimmel ist verstummt. Die Antwortnote des Zehnerverbandes an Wilson hat nach einer Seite vollkommene Klarheit geschaffen. Die Zentralmächte haben der Entente zwar keinen Frieden, wohl aber Friedensverhandlungen vorgeschlagen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie den Frieden wollen und obwohl sie sich bisher weigern, zu sagen, wie dieser Friede bestellt sein soll, weiß es jeder, der nicht ein Interesse daran hat, Hans den Naiden zu spielen. Dem militärischen Stande im Westen wie zur See Rechnung tragend, wollen sie die Grenzen im Westen im großen ganzen unberührt lassen und fordern hier nur militärische Garantien gegen die Ausnützung Belgiens als Stützpunkt der Entente. Wie sie sich dies auch denken mögen, scheinen sie doch auf den Plan zu verzichten, aus der belgischen Küste einen gegen England gerichteten Revolver zu machen, um das bekannte Wort Napoleons zu zitieren.

Ihr positives Kriegsziel ist die „Neuordnung der Staaten und Staatsgrenzen im Osten“, wie sich die „Chemnitzer Volksstimme“ ausdrückt, kurz und gut, sie wollen durch die Aufrechterhaltung der Türkei, Vergrößerung Bulgariens auf Kosten Serbiens, Einbeziehung Rumäniens in ihre Einflußsphäre, Bildung eines polnischen gegen Rußland vorgeschobenen Postens, Zusammenfassung der genannten Kleinstaaten mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu einem Staatenbündnis, einen kompakten wirtschaftlichen und militärischen Block von Berlin bis Bagdad bilden, der auch in Afrika über ein zusammenhängendes Gebiet verfügen würde. Was der Friede auf dieser Grundlage weltpolitisch bedeuten würde, hat Paul Rohrbach schon am 1. Januar 1916 in dem Programmartikel der „Deutschen Politik“ offen ausgedrückt, indem er schrieb, daß nach der Verwirklichung dieser Idee „fortan eine Politik englischer Nichtachtung zu den Un-

möglichkeiten gehören würde . . . Die Stellung Englands am Suezkanal wäre durchaus abhängig davon, ob Deutschland und seine Bundesgenossen in dem Verhalten Englands ihren sonstigen Interessen gegenüber den Ausdrück der Erkenntnis erblicken, daß der mitteleuropäisch-orientalische Staatenbund starke Zwangsmittel zur Verfügung hat.“ Das weiß der englische Imperialismus auch ohne Rohrbach und antwortet: das Verhältnis zwischen dem deutschen und englischen Imperialismus ist das von Rom und Carthago: für beide Seiten; der deutsche Imperialismus fühlt sich als Rom, das erkannt hat, daß Carthago in einem Kriege nicht niedergeworfen werden kann und will Schritt für Schritt, in Etappen, sein „ceterum censeo“ ausführen. Es spekuliert darauf, daß England-Carthago in Zukunft nicht mehr imstande sein wird, neun Groß- und Kleinstaaten um seine Fahnen zu sammeln. Deutschland-Rom will für diesen Moment von Berlin bis Bagdad wirtschaftlich und militärisch gerüstet dastehen. Nun lächelt dem englischen Imperialismus das Los Carthagos nicht und er hält die Idee dreier punischer Kriege für zu kostspielig. Solange ihm die Bundesgenossen bei der Stange bleiben, will es fedten, um Deutschland das Geschick von Carthago zuteil werden zu lassen.

Gestützt auf die Millionen seiner aus dem Boden gestampften Soldaten, auf die Hunderte und Aberhunderte neu organisierter Munitionsfabriken, hat England die kriegführenden Ostiken Frankreichs und Rußlands mitgerissen, die von ihm „geschützt“ — bis zum völligen Zerreiben „geschützt“ — Kleinstaaten mitgeschleppt und ist entschlossen, den Kampf bis zu Ende zu führen, soweit das von ihm abhängen wird. Bis zu Ende, d. h. bis zur Niederlage der Zentralmächte, die ihm ermöglichen würde, die Völker der Türkei zu befreien, d. h. Arabien von der Türkei abzutrennen, damit es ein Bindeglied zwischen Aegypten und Indien, den beiden Pfeilern der englischen Herrschaft bilde, die ihm ermöglichen würde, die durch die serbischen und rumänischen Siege Deutschlands hergestellte Verbindung Mitteleuropas mit der Türkei zu zerschneiden. Alles andere sind erwünschte Mittel der weiteren Schwächung des deutschen Imperialismus, oder Preise, die England seinen Bundesgenossen für die Mithilfe zu versprechen genötigt ist: so Elsaß-Lotbringen Frankreich; Armenien, Konstantinopel und Ostgalizien Rußland; die Ostküste Adrias Italien; dazu Kriegskontributionen, die dem deutschen Imperialismus die Schwingen auf Jahrzehnte durchschneiden würden.

In allen den übrigen Kriegszielen, wie der Zer-